

gen beim Fahren in angetrunkenem Zustand angeglichen wird. Das ist gerechtfertigt, weil wirklich keinerlei Grund besteht, beispielsweise rücksichtslose Raser gegenüber Alkoholtätern zu bevorzugen. Auch das weitere Ziel des Vorstosses – längere Mindestentzugsdauer bei gefährlichen Wiederholungstätern – soll bei der nächsten SVG-Revision zusammen mit einer Reihe anderer Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit – ich nenne die Atemprobe ohne Anzeichen von Angetrunkenheit, Zweiphasenausbildungsmodell, Punktesystem usw. – in einem Vernehmlassungsverfahren zur Diskussion gestellt werden.

Wenn wir trotzdem, Herr Bühler Robert, nur Annahme als Postulat beantragen, so deshalb, weil Ihre Motion sehr detaillierte Bestimmungen enthält, die uns sowohl bei der Eröffnung wie nach dem Vernehmlassungsverfahren überhaupt keine Handlungsfreiheit mehr lassen würden. Es sind dies vor allem die Fristen und Tatbestände, die noch einer Ueberprüfung bedürfen. Zudem rechtfertigt eine 10 Jahre zurückliegende Verfehlung, auch wenn sie schwer war, nicht automatisch in jedem Fall die vorgesehene Verschärfung. Ausnahmen müssen nach dem Verschuldensprinzip möglich werden.

Wir haben zudem mit Ihren Fristen gewisse Schwierigkeiten, weil sie der Revision von Admas, dem zentralen Register der Verwaltungsmassnahmen, die wir aufgrund des Postulates Gadiant jüngst durchgeführt haben, widersprechen. Hier sollten wir noch eine gewisse Handlungsfreiheit bewahren, während wir in den beiden Hauptanliegen mit Ihnen einiggehen. Aber aus diesem mehr formellen Grund müssen wir Sie bitten, die Motion nur als Postulat zu überweisen.

**Bühler Robert:** Vorerst danke ich dem Bundesrat, dass er bereit ist, diese verschärften Bestimmungen in die nächste Revision des Gesetzes aufzunehmen.

Ich bin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

92.3209

**Motion Kündig**  
**Reform des schweizerischen Aus- und Weiterbildungssystems**  
**Formation de base et formation continue. Réforme du système suisse**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 1209 hiervor – Voir page 1209 ci-devant

92.3210

**Motion Uhlmann**  
**Reformen in der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik**  
**Réforme de la politique du marché du travail en Suisse**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 1210 hiervor – Voir page 1210 ci-devant

92.3211

**Motion Coutau**  
**Belebung der Wirtschaft und Stärkung des Wettbewerbs**  
**Revitalisation de l'économie. Renforcement de la concurrence**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 1211 hiervor – Voir page 1211 ci-devant

**Präsident:** Herr Plattner hat heute Geburtstag; ich möchte ihm herzlich gratulieren. (*Beifall*)

**Uhlmann:** Das engagierte Votum unseres Bundesrates Jean-Pascal Delamuraz von gestern hat mich schon etwas betroffen gemacht. Volk und Stände haben den EWR-Vertrag abgelehnt, das wissen Sie. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verlangen, dass dieser Entscheid des Souveräns als absolut verbindlich akzeptiert wird. Es ist verständlich, dass dies für die Unterlegenen und auch für den Bundesrat im ersten Augenblick nicht einfach ist. Aber Behörden, Parlament, Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich das Volk und die Stände für einen anderen Weg als den vorgezeigten entschieden haben. Ich möchte das hier in aller Deutlichkeit sagen.

Es geht jetzt darum, dass wir aufgrund dieses Entscheides das Beste aus der Situation machen – und zwar gemeinsam. Da geht es nicht an, dass man jetzt wieder Horrorszenarien entwickelt. Ich bin an sich sehr froh darüber, dass heute morgen im «Tages-Anzeiger» bereits klar aufgezeigt worden ist, dass diese Situation für die Wirtschaft auch eine Chance bedeutet. Ich will jetzt nicht weiter auf diese Situation eingehen; ich möchte einfach bitten, dass jetzt alle, ob Befürworter oder Gegner, objektiv an der Sache arbeiten und nicht irgendwelche Schuldzuweisungen vornehmen.

Ich bin einverstanden, wenn der Bundesrat den Teil meines Vorstosses, der Bundesrecht betrifft, als Motion übernimmt und den anderen Teil als Postulat.

**M. Coutau:** Pour ma part, j'ai été aussi extrêmement impressionné par les déclarations que le chef du Département de l'économie publique nous a communiquées hier après-midi, mais je dois dire à M. Uhlmann que je n'ai jamais entendu dans le discours de M. Delamuraz un refus quelconque du verdict populaire. Je l'ai entendu regretter ce verdict, mais je ne l'ai pas entendu le mettre en cause. Par conséquent, je m'étonne que l'on puisse lui faire les reproches que vous venez de lui adresser.

D'autre part, en ce qui concerne la motion et le texte que nous avons déposés, je remercie le Conseil fédéral d'avoir accepté cinq propositions sous forme de motion et une proposition sous forme de postulat. Je m'en satisfais et je vous invite à suivre cette recommandation.

**Iten Andreas:** Die Einschätzung der Lage der Schweiz nach der Abstimmung vom 6. Dezember durch Bundesrat Delamuraz war sehr aufschlussreich und zeigt, mit welchen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten wir in Zukunft zu rechnen haben. Ich schliesse mich dem an, was Herr Coutau soeben in Erwiderung auf das Votum von Herrn Uhlmann gesagt hat. Ich glaube, Herr Delamuraz hat nicht den demokratischen Entscheid bestritten, sondern auf die Konsequenzen und Folgen hingewiesen, die sich kurz nach der Abstimmung abzeichnen. Das war legitim, und das war auch richtig so. Langfristig führt kein Weg an einem Vertrag mit der EG vorbei; davon bin ich überzeugt. Da hilft es auch nichts, wenn Christoph Blocher die Ablehnung des EWR-Vertrages als morali-

sche Stärke der Schweiz darstellt. Er mag sich freuen, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für den schwierigeren, steileren Weg in die Zukunft entschieden haben. Ob wir aber der Herausforderung gewachsen sind, bleibt ungewiss. Darum haben die Motionen durchaus ihre Berechtigung. Ich habe sie mitunterzeichnet; ich will mich heute nicht querlegen. Es scheint mir, dass man unter den Stichworten «Deregulierung» und «Liberalisierung» durchaus das Richtige anvisieren kann. Es ist aber streng darauf zu achten, dass diese Chiffren nicht zu Schutzklauseln für Egoisten und Spekulanten werden. Die liberale Demokratie wurde in hartem Ringen um soziale Gedanken und soziale Massnahmen zugunsten Schwächerer ergänzt. Die schweizerische Politik zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie einen innerstaatlichen Ausgleich zwischen Regionen mit hoher Wertschöpfung und solchen mit schwacher Produktion geschaffen hat und sich dauernd um diesen Ausgleich bemüht.

Wie die Budgetdebatte gezeigt hat, ist ein Verteilungskampf um die Mittel in Gang gekommen, der soziale Spannungen hervorbringen kann. Bei der Budgetdebatte vermisste ich den Hinweis, dass die leeren Bundeskassen auch eine Folge der technischen Entwicklung unserer Gesellschaft sind. Sie sind nicht nur deshalb leer, weil die Rezession die Einkommen schmälert, sondern auch wegen schädlicher Nebenfolgen der Entwicklung und des Fortschritts, mit denen wir uns befassen müssen. Es sind überall mit hohem Kostenaufwand solche Nebenfolgen zu beseitigen. Ich denke an die Waldschäden, an die Direktbeiträge in der Landwirtschaft im Interesse des ökologischen Ausgleichs, an die Lärmbekämpfung, an die Luftreinhaltung usw.

Wenn wir also von Deregulierung sprechen, wenn wir von der Förderung des freien Marktes sprechen, dürfen wir trotz allem die ökologischen Erfordernisse nicht vergessen. Diese Postulate können zum Teil nur über die Gesetzgebung durchgesetzt werden.

Allen Marktwirtschaftlern möchte ich empfehlen, das Werk von Stephan Schmidheiny zu studieren. Es gibt kein Buch eines Unternehmers, das so eindringlich an die Politik und die Wirtschaft appelliert, die ökologischen Kosten in die Preise einzubauen. Es sei an der Zeit – so Stephan Schmidheiny – dafür zu sorgen, dass die Umweltkosten in die Energiepreise einbezogen würden. Ein Kurswechsel, wie er postuliert wird, kann mit Liberalisierung und Deregulierung nur erreicht werden, wenn die externen Kosten internalisiert werden. Schmidheiny regt an, die richtige Mischung zwischen staatlichen Verordnungen und der Marktfreiheit zu suchen: «Damit eine optimale Mischung zu nachhaltiger Entwicklung führt, muss ermittelt werden, wo Verordnungen am besten funktionieren und wie sie durch marktkonforme Instrumente und Selbstregulierung ergänzt werden können.»

Es steht uns tatsächlich noch bevor, den Markt in den Dienst der Umwelt zu stellen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Markt nicht sagt, wohin der Weg gehen soll. Die Politik muss die Ziele festlegen; der Markt kann nur Mittel sein, sie zu erreichen.

Ich kann die Motionen zur Deregulierung nur unterstützen, wenn die sozialen Errungenschaften nicht in Frage gestellt und wenn die ökologischen Postulate nicht aus den Augen verloren werden. Es muss unter dem Aspekt der Umweltgefährdung zu einer Neudefinition der Wirtschaft kommen.

Ich zitiere nochmals Stephan Schmidheiny: «Es gilt, von Raubbau, Verschwendung, hohem Verbrauch und Umweltverschmutzung zur Bewahrung der Umwelt zu gelangen.» Dies hat auch für mich Priorität.

Wenn diese Akzentsetzung berücksichtigt wird, stimme ich den Motionen mit der Modifikation, welche der Bundesrats vorschlägt, zu.

**Gadient:** Es ist nicht verwunderlich, wenn die Begründung und Beantwortung der drei zur Diskussion stehenden Motionen eine erhebliche Ausweitung erfahren haben, da die aktuelle Europaproblematik den diesbezüglichen Anliegen einen noch höheren Stellenwert verleiht. Deshalb möchte ich ein Wort unseres ehemaligen Neuenburger Ständeratskollegen Jean-François Aubert voranstellen, der am Montag nach dem EWR-Entscheid geschrieben hat: «Das Zusammenleben mit

diesen Urnern und Schwyzern, die uns jetzt so ärgern, hat uns schon wichtige Vorteile gebracht. Wenn wir uns jetzt immer weiter auseinanderleben würden, wenn sich unsere Meinungsverschiedenheiten über Jahre und mehrere zentrale Abstimmungen hinweg vergrössern würden, dann entstünde eine ernste Situation. Aber nach einem Tag des Aergers werden wir nicht alles in Frage stellen.»

In der Motion Kündig wird der Bildungsbereich angesprochen. Bekanntlich konnten im Zusammenhang mit den EWR-Verhandlungen die beiden Abkommen Erasmus und Forschung abgeschlossen werden. Das EG-Bildungsprogramm Erasmus ermöglicht Stipendien für Studienaufenthalte im Ausland und gewährleistet, dass die Auslandssemester an der Heimuniversität anerkannt werden.

Nach der Ablehnung des EWR wird die Schweiz nur an den Bildungsprogrammen Comett 2 und Erasmus teilnehmen, wobei Schweizer Studenten einigen Einschränkungen unterworfen sein werden.

Ich möchte dem Gesamtbundesrat und Ihnen, Herr Bundesrat Delamuraz, danken, dass die massgeblichen Verhandlungen derart zielstrebig geführt wurden, so dass heute mindestens der Kerngehalt des Erasmus-Programms auch für uns erhalten bleibt. Erfreulicherweise kann man demnach im Scherbenhaufen des EWR auch noch Intaktes finden.

Im Forschungsbereich sieht es allerdings weniger positiv aus. Die Schweiz muss nun für jedes EG-Forschungsprogramm ein bilaterales Abkommen abschliessen. Bei einer Programmdauer von vier Jahren kann dies rund anderthalb Jahre in Anspruch nehmen. Auch werden wir die Ausrichtung der Forschungsprogramme kaum mitbestimmen können. Das kann uns gegenüber den anderen Efta-Staaten ins Hintertreffen bringen. Und das bedeutet ein zusätzliches Erschwernis.

Im Kontext der Motion Kündig scheint mir gerade heute die Ueberprüfung nicht nur des Berufsbildungssystems, sondern des Bildungswesens überhaupt vordringlich zu sein. Wir können uns im internationalen Vergleich in dieser Sparte sicher sehen lassen, aber das genügt nicht. Aufwertung und Ausbau der heutigen höheren Fachschulen zu Fachhochschulen – einschliesslich einer verbesserten Durchlässigkeit zum übrigen Hochschulbereich – sind eines, aber ebenso sind vermehrte Durchlässigkeit unter den Universitäten des Landes, Koordination des Mittelschulunterrichtes und Neuorientierung des Maturitätswesens unverzichtbar. Anfänge sind gemacht. Eine konsequente Fortführung ist vonnöten. Im Bereich der Motionen Coutau und Uhlmann gibt es ohne Zweifel Massnahmen, die auch relativ kurzfristig umgesetzt werden können.

In Erfüllung meines Postulates vom 26. September 1991 hat der Bundesrat einen Bericht erarbeitet und darin solche Massnahmen in Aussicht gestellt, die ich mir in Erinnerung zu rufen erlaube.

Die Vorstösse der Fraktionen betreffend Revitalisierung, die reichlich spät eingereicht worden sind, zielen in die gleiche Richtung. Ich erwähne in diesem Zusammenhang lediglich die Deregulierungsmöglichkeiten im Umwelt-, Gesundheits-, Verkehrs- und Energiebereich und die zwingenden Reformen der schweizerischen Steuerordnung.

Die Arbeitslosigkeit hat alarmierende Ausmasse angenommen. Die Wirtschaft stagniert, die Wachstumsprognosen für die kommenden Jahre sind negativ. Dabei hilft es wenig, dass eine Revision der Prognosen – auch bei einem EWR-Ja – deutlich nach unten geführt hätte und die Ursache des zunehmenden Konjunkturpessimismus – nach heutiger Aeusserung des SBG-Chefökonomens – weniger im EWR-Nein als in der drastisch verschlechterten Situation bei unserem Handelspartner Deutschland zu suchen ist.

Herr Bundesrat Delamuraz hat uns in seiner Beantwortung eine alarmierende Negativbilanz des EWR-Neins vorgelegt – vielleicht etwas überzeichnet, aber ich habe Verständnis dafür. Die Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen; wir stehen in der Tat auch vor der Frage, wie es in der Efta weitergehen soll. Es sind zwei Ebenen denkbar: auf der einen Seite die EWR-Ebene, an der wir dann zwangsläufig kaum mehr partizipieren können, und auf der anderen Seite die bestehende gegenwärtige Ebene, wo wir weiterhin – so hoffe ich – tätig sein sollten und könnten.

Noch zu Beginn der Abstimmungswoche weilte die Schweizer Delegation beim Efta-Parlamentarierkomitee zu Gast bei der Kommission REX, der Commission pour les relations extérieures de la Communauté, in gemeinsamer Sitzung in Brüssel. Man drohte uns dort keineswegs, aber man hoffte auf die Schweiz, man zählte auf uns; gerade die Efta-Länder waren entsprechend sensibilisiert und wussten um die negativen Folgen eines allfälligen schweizerischen Fernbleibens, das nun Tatsache geworden ist.

Meine Betroffenheit über den doppelt negativen Ausgang, der uns in der Europapolitik um Jahre zurückwerfen wird, war so, dass ich vorerst kaum einen anderen Weg sah, als die Konsequenzen mit allen Härten über uns ergehen zu lassen. Vielleicht braucht es in der Tat die fatale Erfahrung, um die Einsicht in die Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit und auch zur Rückkehr und Umkehr aus der Sackgasse zu fördern. Die Erfahrung ist in der Regel eine gute Lehrmeisterin, aber meist ist das Lehrgeld auch entsprechend hoch.

Unsere Verpflichtung aber muss – dem Landesinteresse folgend – jene andere Haltung sein, welche auf die Mobilisierung und Konzentration aller Kräfte zur Schadenbegrenzung abzielt und neue Vorstellungen für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität unseres Landes entwickelt. Die drei Vorstösse stellen nach meinem Dafürhalten einen Schritt in die richtige Richtung dar. Sie zielen auf die Verbesserung der vielbeschworenen Rahmenbedingungen und verdienen unsere Unterstützung.

Wir dürfen im übrigen auch zur Kenntnis nehmen, dass massgebliche Stellen den ablehnenden Entscheid in Brüssel zwar bedauern, aber gleichzeitig zum Ausdruck gebracht haben, dass die Türen offenbleiben – wahrlich keine Selbstverständlichkeit in dieser Situation!

Oui, Monsieur le Conseiller fédéral, les limites du terrain sont devenues cruellement étroites, comme vous l'avez dit. Das ist gar keine Frage. Aber wir wissen – Sie haben uns das ausdrücklich versichert, und ich möchte das auch bestätigen –, dass gerade Sie und der Gesamtbundesrat trotz aller verständlicher Enttäuschung mit Phantasie, Kraft und Können alles in die Wege leiten werden, um mit uns gemeinsam für Wirtschaft, Bevölkerung und Land die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen. Dafür gebührt Ihnen unser Dank.

**Bühler Robert:** Den drei Punkten, auf die ich kurz zu sprechen kommen werde, stelle ich zwei Vorbemerkungen voran.

Erste Vorbemerkung: Ich möchte nur kurz auf die EWR-Abstimmung zurückkommen. Auch ich war am letzten Sonntag zutiefst betroffen. Der Souverän hat aber nun entschieden. Wir müssen aus dieser Situation das Beste machen. Wahrscheinlich haben wir Befürworter des EWR Fehler gemacht, so dass unsere Botschaft nicht genügend ankam. Der Bundesrat kann diesbezüglich nicht ausgenommen werden.

Zweite Vorbemerkung: Ich habe keinen dieser Vorstösse mitunterzeichnet. Es war dies eine persönliche Demonstration gegen das Vorgehen. Ich unterstütze aber alle drei Vorstösse. Und nun zu diesen drei Punkten:

Der erste Punkt: Die Vorstösse sind im grossen und ganzen sehr offen gehalten. Der Bundesrat soll Fragen prüfen und Vorschläge unterbreiten; das ist der Tenor in allen drei Motionen. Um so unverständlicher ist es, wenn der Bundesrat, der mit der Zielrichtung einverstanden ist, noch in Motion und Postulat unterteilen will.

Ich empfehle Ihnen die Ueberweisung aller drei Vorstösse ohne Wenn und Aber und möchte den Motionär Uhlmann bitten, noch einmal auf sein Angebot zurückzukommen.

Der zweite Punkt: Wir sind seit langer Zeit – seit letztem Sonntag erst recht – gezwungen, eine interne, innere, nationale Liberalisierung und Deregulierung voranzutreiben. Vier Stichworte dazu:

1. Wir müssen der Ueberforderung des Staates Einhalt gebieten. Die finanzielle Situation der öffentlichen Hand ist nur ein Symptom, bestätigt aber die Ueberforderung.

2. Selbstverantwortung darf nicht nur Lippenbekenntnis sein. Wir müssen den Mut haben, wünschbaren Einzel- und Gruppeninteressen gegenüberzutreten. Opfer sind gefordert.

3. Die Wirtschaft braucht mehr Wettbewerb. Mut zum Risiko, Initiative und etwas mehr Optimismus können vom Staat nicht dekreditiert werden. Hier ist die Wirtschaft gefordert. Wir sind aber aufgerufen, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, wie die Motionen dies verlangen.

4. Bürgerinnen und Bürger und wir als ihre Vertreter sind in erster Linie gefordert; nicht der Staat und nicht die Exekutive. Die Bevölkerung muss über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge besser informiert werden. Dies ist aber ein Dauerauftrag des Staates und kann nicht erst vor der Abstimmung einsetzen.

Der dritte Punkt: Das Korrelat zu dem, was wir mit den Vorstössen fordern, ist die Identifikation mit unserem Staat. Gerade aus Krisen der Wirtschaft wurde in den vergangenen Jahren zuviel heruntergerissen, die Schuld der heutigen Situation einseitig den staatlichen Institutionen in die Schuhe geschoben. Die direkte Demokratie ist ausbaufähig, Korrekturen müssen vorgenommen werden; sie hat aber gegenüber der parlamentarischen Demokratie, die eben auch von dieser Seite gefordert wird, unwahrscheinliche Vorteile. Wir brauchen das Gefühl, mitbestimmen zu können. Der Staat bleibt so «menschlicher».

Brechen wir gemeinsam in eine liberalere Zeit auf, in eine Zeit, in der das wirtschaftliche Fortkommen wohl wichtig ist, in der aber der einzelne Mensch, Minderheiten und die gesamte Gemeinschaft – darunter verstehe ich den Staat – nicht vernachlässigt werden!

**Onken:** Diese drei Vorstösse sind ideal positioniert, um den Ausgang der EWR-Abstimmung zu kommentieren. Ich will aber dieser Versuchung nicht erliegen. Herr Kündig hat gestern Klartext gesprochen, und ich unterschreibe fast jedes Wort seiner scharfsinnigen Analyse.

Herr Bundesrat Delamuraz hat uns sodann anhand einiger Beispiele aufgezeigt, wie die neue Wirklichkeit aussieht. Eine Wirklichkeit, die uns jetzt allmählich einzuholen beginnt, und zwar auch die Neinsager. Das hören sie nicht gerne, aber sie müssen es hören; wir werden sie auch noch oft an ihre Mitverantwortung erinnern. Das kann ich Ihnen hier versprechen. Denn wir bleiben jetzt allein zurück, und unsere Weggefährten ziehen weiter, vielleicht mit einem Achselzucken, vielleicht mit ein wenig Bedauern, aber sie ziehen weiter. Und es mischt sich bereits Schadenfreude ein, denn schliesslich sind sie einen Mitbewerber los, der sich freiwillig Nachteile eingehandelt hat.

Zu fragen ist hier, ob die drei Motionen auf die neue Herausforderung eine Antwort geben. Und da muss ich sagen: Nein! Diese Motionen, die schon im Sommer eingereicht worden sind – man merkt ihnen das Datum an –, geben auf die neue Situation keine Antwort. Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, wirken sie sogar recht uninspiriert, unoriginell und wenig profiliert. Sie enthalten kaum neue, innovative Anstösse zur Erneuerung unserer Wirtschaft.

Soll das wirklich die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft sein? Soll das der Durchbruch sein, den wir über diese drei Vorstösse erzielen wollen? Das glaubt doch wirklich kein Mensch. Die Vorstösse sind im Grunde genommen viel zu wenig perspektivisch. Sie sind ein bisschen zu rasch hingeschrieben worden. Sie werden jetzt flugs überwiesen, und dann müssen der Bundesrat und die Verwaltung aus diesen Papieren und den wenigen Ideen, die geliefert werden – sie sind obendrein nicht sehr weitreichend –, das Beste machen.

Zur Motion Kündig: Ich behaupte, sie trägt nicht seine Handschrift. Wenn Herr Kündig eine Motion selber textet, um das Bildungswesen zu reformieren, dann sieht diese anders aus; dasselbe gilt wahrscheinlich auch für den Vorstoss Coutau und möglicherweise sogar für jenen von Herrn Uhlmann. Das hat man gemeinsam gemacht; die Vorstösse sind ja auch im Nationalrat eingereicht worden; es ist eine konzertierte Aktion. Zur Erfüllung der drei Forderungen, die in der Motion Kündig erwähnt sind, braucht es eigentlich keinen Motionsauftrag. Die Reform der Berufsbildung, namentlich die Schaffung der Berufsmatura, ist ja längst im Gange, die Vernehmlassung bereits abgeschlossen. Am 1. Februar wird diese Berufsmatura per Verordnung eingeführt. Eine Reform zur Stärkung der HTL

ist ebenfalls bereits angelaufen. Ungezählte Vorstösse sind zu diesem Thema eingereicht worden. Bedarf es noch eines weiteren? Nächstes Jahr wird ein Fachhochschulgesetz in die Vernehmlassung gehen; das ist alles bereits am Kochen. Das sind weit offene Türen, die da ingerannt werden!

Ausbildung der Auszubildenden, wohlan! Gewiss, das braucht es, aber es ist auch kein neues Postulat; das ist eine oft gehörte, alte Forderung.

Nichts in dieser Motion und auch nichts in der Begründung – Herr Kündig hat ja vor allem die Situation analysiert, die nach dem 6. Dezember entstanden ist – weist in die Zukunft.

Nichts ist gesagt zu den strukturellen Erfordernissen, unser Bildungswesen zu reformieren – wie es auch Herr Gadiant in seinem Votum erwähnt hat –, in die Stoffpläne einzudringen und diese zu entschlacken und zu aktualisieren, den ganzen Prozess von Lehrplanrevisionen zu beschleunigen, z. B. dem Trend, Ausbildungszeiten zu verkürzen, Nachdruck zu verleihen.

Nichts steht darin von dem drängenden Erfordernis, das «Lernenlernen» zu verbessern, um den jungen Menschen und später auch den Erwachsenen bessere Voraussetzungen für die permanente Weiterbildung, die «éducation permanente» zu geben, um diese wirklich aus eigener Kraft, aus eigener Initiative leisten zu können.

Nichts ist darin über die Frage der rekurrenten Bildung, in der sich Phasen der beruflichen Tätigkeit mit Bildungsphasen ablösen. Das etwa wäre ein neues Modell, das in unserem Lande stärker greifen sollte.

Nichts findet sich darin auch über das Erfordernis, an der beruflichen Basis stärkere Anstrengungen zu unternehmen. Es wird immer nur alles auf die Eliten ausgerichtet, auf die Ingenieurausbildung. Dort sind Reformen erforderlich, kein Zweifel. Aber dass viele Kapazitäten der allgemeinen beruflichen Bildung brachliegen – bei Angelernten, bei den noch zu wenig Ausgebildeten, bei vielen Frauen – und wir dort grössere Anstrengungen unternehmen müssten: kein Wort davon!

Kein Wort auch von einer Offensive für die Erwachsenenbildung in der Schweiz, die reichlich unkoordiniert ist, die endlich auch Impulse brauchte, besser koordiniert werden müsste, auch vom Bund aus, und wo es ebenfalls eine Art Offensive bräuchte. Nichts auch von der grundlegenden Ueberlegung, ob wir nicht vielleicht einen Bildungsartikel in der Verfassung brauchen, ob nicht auch in gewissen Bereichen des Bildungswesens die Möglichkeit geschaffen werden sollte, über den Bund stärker koordinierend und impulsgebend wirken zu können. Das wären grundsätzliche Fragen und vielleicht auch innovative Anliegen, die eigentlich in eine solche Motion zur Reform unseres Bildungswesens mit hineingehörten.

Zur Motion Coutau, die ich im wesentlichen unterstütze – wie natürlich auch die Motion Kündig, kein Zweifel –; allerdings mit den Einschränkungen, die der Bundesrat bereits signalisiert hat, mit den Punkten, die er in ein Postulat umgewandelt wissen will. Aber auch hier muss ich sagen, Herr Coutau, wenn ich Punkt 4 anschau, dann ist das sehr zurückhaltend, sehr zaghaft formuliert: Es geht darum, «die Situation genauer zu definieren, in denen Kartellabsprachen, die Marktbeherrschung durch einzelne Unternehmen oder andere wettbewerbsbehindernde Praktiken als missbräuchlich zu betrachten sind». Hier muss man doch knallhart sagen, dass das Kartellgesetz richtig reformiert werden muss, dass die Kartelle geknackt werden müssen und dass wir hier mehr Wettbewerb haben müssen. Mit solch laschen Formulierungen kommen wir nicht zum Ziel. Hier hätte ich mir ein bisschen mehr Klartext und ein bisschen mehr Stosskraft gewünscht.

Aber auch hier – wie Herr Iten Andreas erwähnt hat –: Kein Wort über die notwendige Internalisierung externer Kosten, also über die neuen marktwirtschaftlichen Instrumente unserer Umweltpolitik. So etwas müsste doch unbedingt mit hinein: Viele Gebote und Verbote kann man tatsächlich deregulieren, wenn man endlich die neuen Instrumente zu nutzen begännen. Kein Wort über die Notwendigkeit eines Impulsprogrammes für die kleineren und mittleren Unternehmen, von denen wir nun aus verschiedensten Untersuchungen – etwa bei der KWF, in der Technologiepolitik – wissen, dass sie an den neuen Erkenntnissen, die in der Wissenschaft, an den

ETH, an den HTL erarbeitet werden, zu wenig teilhaben. Wir wissen daraus auch, dass sie immer noch Schwellenängste zu überwinden haben und dass es hier eine grössere Anstrengung braucht, um sie an die Entwicklung anzukoppeln und ihnen zu ermöglichen, Wissen rascher aufzunehmen und rascher in marktfähige Produkte umzusetzen. Kein Wort in dieser Motion zur Frage der Technologiepolitik, zu der Herr Kollege Iten Andreas in der GPK einen Bericht hat ausarbeiten lassen, der aufzeigt, dass hier nicht alles zum besten bestellt ist und dass man die Anstrengungen ebenfalls intensivieren muss. Auch dies wären in diesem Bereich neue Elemente gewesen, die eigentlich hätten zur Diskussion gestellt werden müssen.

Zur Motion Uhlmann: Gestern wurde schon durch Herrn Bundesrat Delamuraz aufgezeigt, dass sie von Widersprüchen gekennzeichnet ist und dass sie etliche Unzulänglichkeiten enthält. Einerseits bringt sie uns nicht das, was wir wirklich brauchen, nämlich einen freieren Personenverkehr, der es den Unternehmern erlaubt, leichter qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen zu können. Das war doch das grosse Uebel in der Vergangenheit, wenn man einen Ingenieur, einen Programmierer, einen Systemanalytiker, einen Entwickler gesucht hat, dass man einen gewaltigen Instanzenweg zu durchlaufen hatte, um irgendwie über ein kantonales oder über ein Biga-Kontingent noch eine solche Stelle zugeteilt zu bekommen, während über das Saisonierstatut dauernd unqualifizierte Arbeitskräfte in unser Land eingewandert sind.

Auf der anderen Seite verlangt die Motion Dinge, die nicht mehr zu erfüllen sind. Die gegenseitige Anerkennung von Titeln, Zertifikaten, Zeugnissen hätte uns gerade der EWR gebracht, und zwar reziprok, wechselseitig mit dem Ausland geregelt. Jetzt ist diese Chance vertan; wir können zwar auch im eigenen Land noch manches verbessern, aber diese gegenseitige Anerkennung, die einen echten Schub gebracht hätte, ist nicht mehr gegeben.

Dann enthält diese Motion bereits das erste Fanal zum Angriff auf die sozialen Einrichtungen. Herr Uhlmann, ich bitte Sie, mir jetzt zuzuhören! Dieser Angriff ist hier ganz in Klartext ausgeführt. Ich bin dem Bundesrat dankbar, dass er diese Punkte nur als Postulat übernehmen will – ich würde sie nicht einmal als Postulat überweisen. «Uebermässige Reglementierungen wie Mindestlohnvorschriften, erzwungene Lohnnivellierungen sowie ein überzogener Kündigungsschutz sind abzubauen.» Das ist das Fanal zum Abbau von Schutzeinrichtungen, von sozialen Leistungen in unserem Lande, dem so nicht stattgegeben werden darf. Denn das haben diejenigen, die am vergangenen Sonntag nein zum EWR-Abkommen gesagt haben, ganz sicher nicht gewollt. Aus Angst, es könnte so kommen, haben sie sogar nein gestimmt. Und sie haben nicht erwartet, dass jetzt im eigenen Lande der Angriff gleichwohl geführt wird. Auch das Saisonierstatut zum Beispiel sprechen sie mit keinem Wort an. Hier müsste doch Remedur geschafft werden; hier müsste doch endlich eine Aenderung kommen.

Nein, diesen Weg dürfen wir nicht beschreiten. Sonst verschmerzen wir das, was den Wirtschaftsstandort Schweiz vielleicht noch als letztes und einziges wirklich auszeichnet, wo wir einen Vorteil gegenüber den anderen Ländern haben: nämlich unseren sozialen Frieden, die Partnerschaft zwischen den Sozialpartnern, die wenigen Streiktage, den Versuch, alle an der wachsenden Produktivität einigermaßen gerecht teilhaben zu lassen. Das dürfen wir jetzt nicht auch noch in Frage stellen, nachdem wir uns durch das Abseitsstehen beim EWR schwere Nachteile eingehandelt haben.

Aber es gibt bereits Anzeichen dafür, dass die vermeintlichen Sieger vom vergangenen Sonntag tatsächlich zu den Verlierern von morgen gehören könnten – auch in der Landwirtschaft übrigens! Sie zitieren frohgemut den «Tages-Anzeiger», Herr Uhlmann; ich hoffe, Sie haben auch den Abschnitt «Teure Landwirtschaft» nicht übersehen, wo es heisst «Verringerung der hohen Preise», «realistisches Sparpotential bei der Landwirtschaft, wenige Milliarden»! Das muss man leider ebenfalls zur Kenntnis nehmen: dass es nun auch den kleineren und mittleren Bauern an den Kragen gehen könnte.

Ich selbst, meine Partei und die Gewerkschaften werden uns auf jeden Fall entschieden dagegen wehren, dass jetzt ein An-

griff auf die sozialen Einrichtungen geführt wird, dass unser sozialer und ökologischer Standard irgendwo abgebaut wird. Es braucht die Reform, gewiss, es braucht die Revitalisierung, einverstanden, aber nicht auf Kosten der schwächeren Glieder in unserer Gesellschaft.

Nur in diesem Sinne, mit diesen Einschränkungen und Ergänzungen – nicht zuletzt im Rahmen der abgeschwächten Postulatspunkte, die Sie erwähnt haben, Herr Bundesrat Delamuraz –, bin ich bereit, diesen drei Vorstössen zuzustimmen.

**Frick:** Ich danke Herrn Bundesrat Delamuraz, dass er uns die Konsequenzen klar aufgezeigt hat. Es wäre den Schweizern Sand in die Augen gestreut, wenn wir heute nicht klar aufzeigen würden, welches die Konsequenzen sind, die aufgrund des Neins auf uns zukommen. Nur Offenheit und Klarheit bringen uns zu Lösungen.

Wir haben einen Scherbenhaufen – innenpolitisch, aussenpolitisch und wirtschaftspolitisch. Und nur wer offen darüber spricht, kann Ansätze finden, darüber hinwegzukommen und gute Lösungen für die Zukunft zu finden.

Trotz aller Nachteile sehe ich aber auch eine innenpolitische Chance in diesem Nein. Mit einigen Tagen Distanz erkennen wir heute, dass in der Deutschschweiz die Bürger unserem Tempo einfach nicht folgen konnten. Die Öffnung nach aussen war zu schnell programmiert. Wir haben bis vor einem Jahr gesagt, die Lösung sei: «Europafähig werden, ohne beitreten zu müssen.» Und soeben – ein Jahr später – hatte der Bürger zu entscheiden, dass er dem EWR beitreten will, dass ein Ja zum EWR aber nicht gleichzeitig ein zwingendes Ja zur EG ist, obwohl das Beitrittsgesuch vom Bundesrat bereits gestellt ist. Wir haben in kürzester Zeit mit einer aussenpolitischen Öffnung 80 Jahre innenpolitischen Isolationsheroismus abbauen wollen. Die Bürger haben rebelliert, sind geschlossen an die Urne gegangen und haben gesagt: Wir können diesem Tempo nicht folgen.

Das ist eine wichtige Lehre aus der Abstimmung des letzten Sonntags.

Wenn nun ein Nein herausgekommen ist, so haben wir doch die Chance, diese Bürger wieder einzubinden. Nicht die lauten, die wir im Vorfeld der Abstimmung immer gehört haben, sondern jene, die leise und angstvoll ihr Nein in die Urne gelegt haben. Schlimmer wäre es gewesen, wenn sich breite Kreise resigniert von der Politik abgewendet hätten, die nicht laut sind, die aber mitdenken. Diese Kreise wieder einzubinden, da haben wir eine Chance, und diese müssen wir packen. Das zu einer innenpolitischen Bewertung.

Zu den Vorstössen: Das neue Lösungswort heisst Revitalisierung durch Deregulierung. Was heisst aber Deregulierung? Deregulierung heisst Vorschriften abbauen, heisst Schutz abbauen. Denn jede Vorschrift, die wir erlassen haben, steht zum Schutz gewisser Kreise, zum Schutz berechtigter Interessen, von Personen, der Umwelt oder anderer ideeller Werte.

Wenn wir nun Vorschriften abbauen, heisst das auch, dass wir diesen Schutz abbauen: Schutz der Gewerbetreibenden, der Umwelt, der Arbeitnehmer, der sozialen Errungenschaften, der schwachen Regionen. Deregulieren heisst vor allem weniger schützen, als wir es bis anhin getan haben.

Zweifellos gibt es einige Vorschriften, die nur hemmen, aber keinen substantiellen Schutz bieten. Ich denke vor allem an komplizierte Verfahrensvorschriften, die mehr zur Verhinderung als zur Bewilligung eines Projektes führen. Aber darum geht es ja nicht wesentlich.

Wenn wir nun heute von Deregulierung sprechen, so sehe ich eine doppelte Problematik. Erste Frage: Wollen unsere Bürgerinnen und Bürger überhaupt Deregulierung? Und die zweite Frage: Welchen Schutz wollen wir denn abbauen?

Zur ersten Frage: Wenn ich an meine Auseinandersetzungen im Abstimmungskampf und an die Presseerzeugnisse denke, dann muss ich sagen: Da habe ich nie den Eindruck bekommen, der Schweizer wolle Deregulierung, wolle Liberalisierung – mindestens nicht die Wortführer. Und ich meine diese Haltung auch aus der Diskussion mit vielen Bürgern zu erkennen, die nicht laut, sondern leise ihre Stimme abgegeben haben.

Massgebend war doch die Befürchtung, dass Klein- und Mit-

telbetriebe Konkurrenz vom Ausland erhalten würden. Angst herrschte vor offener Submission. Ich habe das Argument x-mal gehört: Die Ausländer werden sich in der Schweiz mitbewerben. Der Bürger fürchtete den Lohndruck. Er hatte Angst, gewisse Lohnschutzmechanismen würden abgebaut. Er hatte Angst davor, dass sich ein Ausländer mitbewerben könnte, also Angst vor dem Verlust der Schutzeinrichtungen, die ihm einen guten Lohn garantieren und die ihm den Arbeitsplatz erhalten.

Ich habe gestern gelesen, dass – trotz des grossen Engagements der ABB-Leitung – fast drei Viertel der Arbeitnehmer, eben weil sie Angst vor diesem Abbau hatten, nein gestimmt hätten. Es mag so sein, und ich könnte es glauben.

Will der Bürger diese Liberalisierung, die er im EWR abgelehnt hat, nun durch innerstaatliche Deregulierung, durch sogenannte Liberalisierungsmassnahmen, einführen? Daran habe ich grosse Zweifel!

Heute als Lösung die Deregulierung zu bringen, ist einfach. Sie aber substantiell umzusetzen, damit werden wir die grössten Probleme haben. Da müssen wir sehr vorsichtig und sehr subtil vorgehen.

Nun noch zur zweiten Frage: Welchen Schutz wollen wir überhaupt abbauen? Gewiss sind Öffnungen in den Vorstössen angezeigt, die es verdienen, unterstützt zu werden. Substantiell befürchte ich aber doch, dass mit dieser Deregulierung Schutzmechanismen abgebaut werden. Und ich wehre mich sehr dagegen, dass Deregulierung mit Abbau des Schutzes von sozialen Errungenschaften, des Schutzes des Arbeitnehmers, von Lohnbestimmungen, von sozialen Vorschriften wie Ferien, Arbeitszeit usw. gleichgesetzt werden soll.

Ich habe Gegner im Vorfeld sagen hören: «Wir müssen stärker sein. Stärker sind wir, wenn wir mehr leisten.» Sie haben auch gesagt, das heisse mehr Arbeitszeit, heisse eben auch weniger Ferien, heisse auch, etwas weniger Lohn in Kauf nehmen zu müssen. Ich will nicht, dass Deregulierung in diese Richtung geht. Auch hinsichtlich Umwelt darf kein substantieller Abbau erfolgen.

Ich bitte also, wenn wir diese allgemein gefassten Motionen überweisen, damit nicht das Anliegen an den Bundesrat zu verbinden, substantiellen, wichtigen Schutz in sozialer und umweltpolitischer Richtung abzubauen.

Und noch ein Letztes zur Deregulierung. Wir predigen jetzt Deregulierung. Mein Kollege Salvioni zur Linken hat mich vor kurzem darauf aufmerksam gemacht, dass die USA mit einer massiven Deregulierung innerhalb von acht Jahren vom grössten Gläubigerstaat zum grössten Schuldner geworden sind.

Deregulierung kostet uns massiv. Seien wir vorsichtig, wie wir sie angehen, und seien wir behutsam, wenn wir sie umsetzen wollen. Prüfen wir immer, ob unser Volk sie überhaupt mittragen kann!

**Schmid Carlo:** Die Notwendigkeit interner wirtschaftlicher Reformen ist von uns bereits vor dem 6. Dezember dieses Jahres als Notwendigkeit erkannt worden – EWR hin oder her; das haben wir immer so gesagt. Wir waren der Auffassung, der EWR und die internen wirtschaftlichen Reformen seien komplementär, der EWR erleichtere den Marktzugang und vergrössere damit die Absatzchancen unserer Wirtschaft; die internen ordnungspolitischen Reformen würden die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft verstärken. Wir haben das immer so gesehen, so vertreten.

Volk und Stände haben nun den ersten Teil dieser Doppelstrategie abgelehnt, allerdings ohne damit der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz, namentlich mit unseren europäischen Nachbarn, eine Absage erteilen zu wollen.

Der Bundesrat wird die Möglichkeiten der Weiterführung einer Europapolitik prüfen und dabei dem Ergebnis der Abstimmung vom 6. Dezember selbstverständlich Rechnung tragen müssen. Er hat auch weiterhin, und dies mit noch verstärktem Einsatz, die Interessen unseres Landes bei unseren Nachbarn wahrzunehmen.

Innenpolitisch werden wir die ordnungspolitischen Massnahmen anhand dieser vier Motionen einer eingehenden Prüfung unterziehen müssen. Dabei will ich Sie darauf hinweisen – wie

schon Herr Frick das getan hat –, dass diese Aufgabe keineswegs leicht ist. Die Gründe, die zur Ablehnung des EWR-Vertrages geführt haben, sind zum Teil in diesen Motionen wieder enthalten. Gewiss, es war zunächst einmal die Angst vieler Bürger, via EWR quasi in die EG hineingepresst zu werden, die zu einem Nein geführt hat. Es war die Angst, gewiss, vor einem grossen Souveränitätsverlust, die viele Bürger – meines Erachtens unberechtigterweise – zu einem Nein bewogen hat. Aber es war auch die Angst vor einer wirtschaftlichen Veränderung. Es war die Angst, wirtschaftlich Neuland betreten zu müssen, die zu einem Nein geführt hat. Man befürchtete eine zusätzliche Ueberfremdung, zusätzliche Arbeitslosigkeit und zusätzlichen Lohndruck. Man befürchtete namentlich einen allzu harten Wettbewerbskampf im Binnenmarkt.

Dabei steht schon lange fest, dass Massnahmen wirtschaftlicher Art, die gerade die EWR-Gegner befürchteten, nunmehr um so dringender an die Hand genommen werden müssen, um die Erneuerung unserer Wirtschaft in Richtung mehr Wettbewerb und mehr Marktwirtschaftlichkeit voranzutreiben. Denn die schweizerische Wirtschaft wird sich, um die vielfältigen Anforderungen, die wir Bürgerinnen und Bürger an unseren Staat stellen, im gleichen Umfange finanzieren zu können wie bisher, von staatlich angelegten und selbstgesponnenen Fesseln befreien müssen.

Die Abschaffung zum Beispiel der investitionshemmenden Schattensteuer in der Warenumsatzsteuer wird nunmehr noch dringender werden, und der Umbau der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer wird zu einem Gebot der Stunde werden. Hier wird sich die Frage stellen, ob das Gewerbe mitmacht. Die Straffung und Vereinfachung investitionshemmender Verwaltungs- und Bewilligungsverfahren wird sich gebieterisch aufdrängen. Hier wird sich die Frage stellen, ob die ökologischen Kreise mithelfen werden. Das breite und dicht gespannte Netz margenerhaltender Preisabsprachen und absatzsichernder Gebietskartelle, das vielfältige System konkurrenzunterbindender Alleinvertriebsverträge, wird zweifellos aufgeweicht und schrittweise abgebaut werden müssen. Werden die Unternehmer Hand dazu bieten?

Die Vielfalt staatlich festgesetzter Preise im Verkehrs-, Energie-, Telekommunikations- und Gesundheitsbereich, im Bereich staatlich konzessionierten Handels Privater und im Bereich der Landwirtschaft vor- und nachgelagerter Produktions- und Handelsstufen wird zugunsten grösserer Wettbewerbsfreiheit umgestaltet werden müssen. Werden die Betroffenen mitmarschieren?

Und wie steht es mit der Regionalpolitik, mit der Versorgung der Berg- und Randregionen in diesem Zusammenhang?

Das Gatt-Abkommen wird für die Schweizer Industrie womöglich von noch grösserer Bedeutung sein. Wie wird sich in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Industrie- und Dienstleistungssektor einerseits und Agrarsektor andererseits anlassen? Selbst Gegner des Abkommens wünschen eine autonome, einseitige Ausrichtung der schweizerischen Fremdarbeiterpolitik auf die Grundsätze der Arbeitnehmerfreizügigkeit im EWR. Wie werden die Arbeitnehmer darauf reagieren? Alle diese Probleme kommen nun auf uns zu.

Ich bin Herrn Frick sehr dankbar, dass er auf die Fragen der sozialen Verträglichkeit, der Umweltverträglichkeit, der regionalen Verträglichkeit hingewiesen hat. Ich stehe zum Prinzip der freien Marktkräfte. Aber es darf nicht verabsolutiert werden, weil der Markt allein das für mich wichtige Postulat der sozialen Gerechtigkeit nicht vollumfänglich erfüllen kann.

Zwar hat die Marktwirtschaft eine unbestritten wichtige soziale Dimension, indem sie einerseits vielen Wirtschaftsteilnehmern die Chance gewährt, durch eigene Leistungen ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und andererseits dank ihrer hervorragenden Effizienz die Basis für Wohlstand sowie für sozialen Fortschritt schafft. Soziale Gerechtigkeit ist nicht Gleichmacherei, sondern Chancengleichheit im Sinne einer ausreichenden sozialen Absicherung und Gleichheit der Lebensmöglichkeiten. Das kann die Marktwirtschaft allein nicht ausreichend sicherstellen.

Menschen, die aus eigener Kraft nicht für sich sorgen können, bedürfen der fürsorgenden Hand des Staates. Ich plädiere nicht für den Versorgerstaat, in dem der einzelne rasch den

Anreiz zur Eigenverantwortung und zur persönlichen Leistung verliert.

Das Ziel ist eine soziale Staatsordnung, in der auch Benachteiligte eine Grundlage für ein menschenwürdiges und sinnerfülltes Leben erhalten. Darin aber spielt das marktwirtschaftliche System eine zentrale Rolle. Ich fordere Sie auf, alle Bestrebungen einer Neuschaffung unserer internen ordnungspolitischen Wirtschaftsverfassung sorgfältig darauf zu prüfen, welches ihre sozialen, ökologischen und regionalen Folgererscheinungen sein werden.

Wir dürfen unsere bewährten Instrumente des sozialen, regionalen und ökologischen Ausgleichs nicht aufgeben. Aber unter dieser Voraussetzung müssen wir die internen Reformen im ordnungspolitischen Bereich energisch und zielstrebig an die Hand nehmen. Was ich unserer Eidgenossenschaft wünsche, ist, dass alle Kräfte in diesem Land an diesem Ziel gemeinsam mitarbeiten.

**Jagmetti:** Die Revitalisierung der Wirtschaft ist von mir aus gesehen nicht nur richtig, sondern notwendig. Deshalb habe ich diese Vorstösse mitunterzeichnet und stehe dazu.

Ich bin gleichzeitig der Ueberzeugung, dass dieser Weg allein nicht reicht. Denn wir kommen im Inland und mit den Massnahmen, die wir hier treffen, allein nicht zum Ziel. Wir sind in die internationale Verflechtung eingebunden und können eine Vielzahl von Problemen nicht allein lösen. Das gilt beispielsweise für die Umwelt, wo wir selbstverständlich eine nationale Verantwortung haben, wo wir aber auch an der Lösung kontinentaler und globaler Probleme Anteil nehmen müssen. Für die Migration, für das Gefälle Nord-Süd, für den Hunger, für den Drogenhandel ist es offensichtlich, dass wir internationale Lösungen brauchen, ohne dass wir dispensiert wären, im eigenen Land das zu machen, was wir tun können.

Wir brauchen die Öffnung ebenso für die Wirtschaft, die im internationalen Bezug lebt. Wir sind wirtschaftlich kein Binnenland, wir wären wirtschaftlich viel eher ein Binnenmarktland.

Den Volksentscheid, Herr Uhlmann, nehme ich ausserordentlich ernst, und wir haben ihm Folge zu geben; da gibt es keine Diskussion. Aber die Bürger haben nicht nur am letzten Sonntag entschieden, sondern sie haben uns auch hierher gewählt, damit wir hier unsere Verantwortung wahrnehmen. Und ich bin zur Ueberzeugung gelangt, dass wir diese Verantwortung für die Zukunft der Schweiz gemeinsam tragen müssen und nicht allein im Inland wahrnehmen können.

Selbstverständlich müssen wir diese Verantwortung hier wahrnehmen, selbstverständlich müssen wir hier für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sorgen, selbstverständlich müssen wir hier die sozialen Probleme aufgreifen und die Sozialpartnerschaft fördern, selbstverständlich müssen wir hier die Umweltfragen ernst nehmen und in Taten umsetzen. Aber darüber hinaus sind wir in diesem internationalen Geflecht eingebunden und müssen unsere Partnerschaft in dieser internationalen Beziehung suchen und weiterpflegen. Wir werden dort möglicherweise nicht mehr gerngesehene Partner sein, jedenfalls in den nächsten Wochen und Monaten nicht. Aber das darf uns nicht daran hindern, die Brücken zu schlagen.

Ich fordere Sie also auf, hier nicht einfach an das Inland zu denken, sich nicht der Illusion hinzugeben, wir könnten allein mit unsern nationalen Massnahmen die Zukunft der Schweiz gestalten. Ich fordere Sie auf, die Türe nicht nur offenzuhalten, sondern auch durch die Türe zu schreiten!

**M. Delalay:** Le tableau qui nous a été brossé hier par le chef du Département de l'économie publique, M. Delamuraz, fut saisissant et nous en avons pris acte avec beaucoup d'intérêt. Nous observons d'ailleurs que le constat qu'il a fait devant notre Chambre sur les effets du vote négatif concernant le Traité sur l'Espace économique européen était fait sans amertume, mais avec beaucoup de réalisme, et qu'il recoupe celui qui a été exprimé lundi ici même, à la même tribune, par le président de la Confédération, M. Felber, à savoir que ce sont dans les régions qui ont accepté le Traité sur l'Espace économique européen que l'on trouve le taux de chômage le plus élevé et que la récession est la plus visible.

Il s'agit donc, si l'on veut entreprendre un exercice véritable de revitalisation et de dérégulation, de tenir compte tout d'abord de cette réalité et de viser des mesures qui stimulent les régions qui subissent le plus durement les effets de la conjoncture défavorable que nous vivons. Je pense qu'à cet égard, il vous intéressera d'avoir dans ce débat l'avis d'un Romand. Je ne suis d'ailleurs pas très sûr que les régions qui ont accepté le Traité sur l'Espace économique européen, et en particulier la Suisse romande, ne souffrent aujourd'hui que d'une récession de nature conjoncturelle. Les disparités dans le développement économique observées aujourd'hui tiennent à mon avis beaucoup plus de déséquilibres structurels, engendrés par des décisions peu solidaires prises depuis longtemps, avec constance et bonne conscience, et avec la volonté précise de renforcer toujours plus les régions déjà bien développées du pays.

Je ne voudrais pas lancer cette affirmation sans y apporter quelques exemples: la politique régionale – premier exemple – a perdu beaucoup de son activité depuis quelques années. Voyez, au niveau des crédits LIM: on en a discuté lors du budget ces derniers jours. On avait des crédits de l'ordre de 100 millions par année, qui sont tombés aujourd'hui à moins de 50 millions par année et par la volonté de notre conseil, à 47 millions, moins que ce que le Conseil fédéral avait prévu.

Deuxième exemple: la fourniture et les livraisons pour la Confédération et pour les régions fédérales, PTT et CFF. Trois cantons obtiennent plus de la moitié des commandes des régions et de notre Etat central.

Troisième exemple: toutes les dispositions ou une grande partie d'entre elles concernant la protection de l'environnement, la protection des eaux, sont des dispositions qui ne renforcent pas la capacité des régions touristiques. De même, les procédures sont longues, on en a parlé aujourd'hui, elles sont compliquées et nous devrions les simplifier.

Quatrième exemple: l'arrêté sur la viticulture. Je ne veux pas revenir sur ce sujet de façon trop grossière, mais je trouve tout de même que le Conseil des Etats et le Conseil national nous ont imposé des dispositions qui manquent très nettement de flexibilité et qui n'ont pas trouvé l'agrément des principaux intéressés.

Cinquième exemple: les investissements des Chemins de fer fédéraux en Suisse romande sont toujours à la traîne. Les crédits pour l'aéroport de Genève sont limités par rapport à ceux de Zurich. Le démontage des places de travail par l'armée suit son cours, particulièrement en Suisse romande. Les crédits pour la construction des autoroutes sont limités, malgré le petit geste qui a été fait hier, non pas par le Conseil des Etats, mais par son président, et je ne suis pas sûr que la chose soit définitive.

Je voulais citer ces quelques points, non pas par amertume à la suite de la décision du peuple suisse de dimanche dernier, mais simplement à titre d'exemples. Ils suffisent, je crois, à mettre en lumière une attitude qui n'est pas assez solidaire et qui dure depuis trop longtemps à notre goût. Et elle a trouvé dimanche dernier un terrain très favorable en Suisse romande, il ne faut pas s'en étonner.

Du point de vue formel, pour terminer, en ce qui concerne ces interventions, je partage entièrement l'avis du Conseil fédéral, tout d'abord, par l'acceptation des motions de MM. Coutau et Kündig, et ensuite par la transformation en postulat de l'intervention de M. Uhlmann. Il n'est pas acceptable, en particulier, en ce qui concerne la politique de la main-d'œuvre étrangère et de la politique sociale tout court, de suivre les propositions contenues dans la motion Uhlmann. On a d'ailleurs déjà dit ce matin que si le Traité sur l'Espace économique européen avait été accepté, avec la libre circulation des personnes, donc des travailleurs, nous aurions eu une solution toute faite au problème de la main-d'œuvre qualifiée dont nous manquons. A cause du refus de ce traité, nous en restons à l'état actuel, et ce sont les cantons qui continuent à attribuer les autorisations de séjour et de travail selon ce qu'ils estiment être leurs besoins et les nécessités de leur économie.

Je souhaite donc que les motions sur la formation de base et sur la formation continue ainsi que celle sur le renforcement de la concurrence soient acceptées par notre conseil. Avec le

Conseil fédéral, par contre, je souhaite que celle sur la réforme du marché du travail, qui ne me paraît pas répondre aux besoins actuels, soit transformée en postulat. Je suis donc dans ses conclusions le Conseil fédéral.

**Cavelty:** Ich möchte für den versöhnlichen Ton der verschiedenen Voten bezüglich der letzten Abstimmung danken.

Wir müssen tatsächlich gemeinsam nach vorne schauen und unsere Kräfte nicht in einem nichts nützenden Hickhack verzetteln. In diesem Sinne sind wir alle gefordert. So blicke ich mit Hoffnung und etwas Sorge in Richtung einer für morgen angesagten Pressekonferenz der siegreichen Gegner, im Wissen, dass es oft schwerer ist, ein guter Sieger als ein guter Verlierer zu sein. Wichtig für beide – Sieger und Verlierer – ist die gegenseitige Anerkennung des guten Willens, dass beide Seiten aus ihrer Warte das Beste für die Schweiz wollen und wollten.

Zu den vorgeschlagenen Schritten: Ich stimme dem Bundesrat zu.

Die Motionen datieren noch von vor der EWR-Abstimmung und konnten natürlich deswegen nicht auf die neueste Entwicklung eingehen. Darum war es richtig und wichtig, dass bei der gestrigen mündlichen Begründung der Motionen und auch bei der heutigen Diskussion weiter ausgeholt wurde.

Einen neuen Gedanken entnahm ich der welschen Presse; er wurde hier noch nicht ausgesprochen: Es ist dies die wirklich prüfenswerte Idee des Einbezugs des Transitvertrages in die bevorstehenden Verhandlungen mit der EG. Mit dem Transitvertrag leisten wir wirklich Grosses für Europa, insbesondere natürlich für die EG, Grosses und auch Teures.

Ich sehe diesen Vertrag – neben den bestehenden Verhandlungen im Hinblick auf einen möglichen Beitritt in die EG – als eigentliche «Nabelschnur» für die kommenden Gespräche. Mit diesem Transitvertrag geben wir – das müssen und dürfen wir sagen – Europa und insbesondere den EG-Ländern mehr, als was wir nehmen. Ich bin selbstverständlich dafür, dass wir das tun. - Wir haben ja auch zugestimmt, aber diesen Trumpf dürfen wir jetzt für die kommenden Verhandlungen vielleicht doch ausspielen.

Nun steht der Transitvertrag – wir waren Erstat – für nächste Woche zur Behandlung im Nationalrat an. Ich frage mich, ob das gut ist. Ich habe keinen Einfluss auf die Traktandenliste, möchte aber den Bundesrat doch bitten, zu überlegen, ob die jetzige Verabschiedung des Transitvertrages in der endgültigen Form nicht etwas verfrüht sei, ob es nicht besser wäre, diesen Trumpf noch in der Hand zu behalten.

Ich möchte nicht ein Krämer sein, aber ich bin – ich glaube, Herr Bundesrat Delamuraz auch – ein Jasser, und als Jasser spielt man nicht alle Trümpfe von vornherein aus. Diese Anregung möchte ich doch noch zur Ueberlegung einbringen.

**Uhlmann:** Nur eine kleine Präzisierung: Herr Kollege Onken, Sie müssen in keiner Art und Weise Bedenken haben, dass ich einen Sozialabbau vornehmen will. Wenn Sie aus meiner Motion oder aus der Begründung zitieren, müssen Sie aber auch zitieren, was ich geschrieben habe: «Das berechtigte Schutzinteresse der Arbeitnehmer darf dabei selbstverständlich nicht in Frage gestellt werden.» Wir sind uns also einig.

**M. Salvioni:** Je ne voulais pas intervenir, mais je dois tout de même émettre quelques considérations. Avant tout, je suis un peu étonné de la réaction de ceux qui se sont opposés à l'Espace économique européen avec les arguments que l'on connaît et qui ont balayé ceux des partisans en affirmant tout simplement que c'était du terrorisme. J'ai participé à quelques débats, et les arguments énoncés exposaient bel et bien les conséquences que nous subirions en cas de refus. Alors, on ne peut pas nous dire maintenant que ces conséquences doivent être tues, qu'elles ne doivent pas être mentionnées parce que ce serait finalement poursuivre la guerre. Les électeurs doivent savoir exactement que ceux qui ont soutenu l'Espace économique européen n'ont pas menti, qu'ils ont tout simplement propagé la vérité et que maintenant, malheureusement, celle-ci se concrétise.

Je veux vous indiquer les raisons pour lesquelles je ne peux

pas voter la motion Uhlmann. Elle contient des déclarations un peu contradictoires, mais surtout des affirmations qui, selon moi et mes opinions politiques, sont dangereuses. En effet, on indique comme critère général: «Les mesures qui s'imposent devront créer avant tout des conditions souples sur le marché du travail sans que, bien évidemment, l'intérêt légitime des travailleurs à bénéficier d'une protection soit remis en cause.» Belle déclaration! Mais deux lignes plus loin on dit: «Des réglementations trop contraignantes qui visent notamment le salaire minimal, le nivellement forcé des rémunérations ou une protection trop poussée contre les licenciements doivent être abolies.» Or, je pense que s'il faut faire une revitalisation de l'économie suisse – je suis d'ailleurs parfaitement d'accord qu'il faut la faire – on ne peut pas l'entreprendre sur le dos des plus faibles. La revitalisation suisse doit être accomplie par tous. On ne peut pas simplement se décharger des erreurs, des fautes et des difficultés sur le dos des plus faibles.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral, ses sept membres, accompliront strictement leur devoir, Monsieur Uhlmann, à savoir de respecter totalement et d'exécuter parfaitement la décision populaire de dimanche dernier. Mais il était de mon devoir de rappeler que la voie choisie était la voie difficile. Je l'ai fait en des termes clairs et nets, car dans ce débat concernant le destin de la Suisse, il n'y a pas de place pour la langue de bois. Voilà les choses clairement précisées! Ma réponse finale – du moment que j'ai pris position au nom du Conseil fédéral sur ces trois motions hier, je n'y reviendrai pas – portera sur quatre éléments: institutions, programmes de recherche et de formation, revitalisation et accords de transit.

En ce qui concerne les institutions – dont M. Gadiant a parlé en termes de sagesse, connaisseur qu'il est des institutions européennes, où il représente notre pays, – l'essentiel de la politique du Conseil fédéral, dès maintenant, en particulier à l'égard de l'Association européenne de libre-échange, consistera premièrement à garder partout où c'est possible des portes ouvertes, à maintenir partout où ils existent des liens institutionnels avec ces différentes organisations européennes, l'AELE en tête, tout simplement parce que nos intérêts commandent que nous gardions ces contacts, même si certains d'entre eux se révèlent plus étroits ou plus difficiles. Il serait folie, de notre part, de ne pas tout faire pour les maintenir et encore une fois garder toutes les portes ouvertes.

Mais au-delà de nos seuls intérêts, je crois qu'il y va aussi d'une prestation de solidarité de la part de la Suisse à l'égard de l'Europe et de tous les pays européens. Le sens de cette solidarité sera, sans doute, et a été, mal ressenti chez nos partenaires habituels, au lendemain de la décision du 6 décembre. On y a vu une volonté de la Suisse de s'abstraire de ses responsabilités communes, de ne pas jouer le jeu européen et il faut bien dire qu'il y a une part de vrai dans ce constat qu'ont établi nos partenaires voisins et amis. C'est aussi la raison pour laquelle nous devons garder les portes ouvertes et les ponts qui existent et ici ou là les renforcer si possible. Il y va de notre réputation, de notre volonté de solidarité, qui est aussi essentielle que la défense de nos intérêts propres et légitimes en Europe. Ce sera cela la démarche. Et en particulier, tout ce que nous pourrions faire afin d'éviter un risque de scission de l'AELE, d'une AELE relativement large qui s'occupe du courant, des relations avec les pays tiers, et d'une AELE plus restreinte, plus dynamique, plus limitée, qui, elle, s'adonne à l'Espace économique européen. Cela crée en soi quelque danger de scission, sinon d'explosion de cette honorable organisation. Il est du devoir de la Suisse, plus encore après la décision de dimanche dernier, de tout entreprendre afin d'éviter, précisément, cette scission, afin d'admettre qu'il y a des procédures, sans doute, différentielles dorénavant à l'intérieur de l'organisation, mais qui ne doivent en aucun cas conduire à l'éclatement de l'organisation. C'est la part de responsabilité et de solidarité que nous devons exercer si nous voulons figurer d'une manière moralement acceptable dans la société internationale.

Le second point que je veux aborder est celui des programmes de recherche et de formation européens. Vous le savez

bien, il y a dès toujours certains programmes qui sont communautaires et d'autres qui sont non communautaires, par exemple, les programmes de l'Agence spatiale européenne.

Ce que nous observons depuis plusieurs années, c'est que dans le panorama des programmes européens, la part des programmes communautaires augmente sensiblement et que, par conséquent, l'appartenance à la Communauté, ou l'appartenance à un Espace économique européen qui reprend cet aspect communautaire, octroie aux pays qui en sont les membres des avantages par la largeur et le nombre des programmes auxquels les pays qui se sont exclus de ce milieu, comme la Suisse, n'auront pas droit. Dans cette discrimination que nous avons décidée dimanche dernier, il s'agira tout particulièrement d'être actifs pour, au moins, maintenir la part que nous avons dans les programmes non communautaires. Là, je ne crois pas qu'il y ait beaucoup de souci à se faire, encore faudra-t-il que nous restions vigilants et combattifs, pour que nous puissions éviter l'exclusion ou la restriction de nos moyens dans les programmes communautaires auxquels nous participons déjà et que nous tentions avec force, peut-être avec un peu de naïveté, des démarches en vue de participer tout de même à certains programmes qui nous étaient offerts par l'Espace économique européen. Cela eût été une très grande aubaine, pour nos chercheurs, pour nos universités et naturellement pour notre industrie – et dont nous sommes exclus aujourd'hui – d'essayer d'en récupérer quelques-uns hors du cadre de l'Espace économique européen. Ce sera une des tâches primordiales du Conseil fédéral. Sur ce deuxième point, je dis qu'il ne faut pas se faire trop d'illusions. La troisième remarque que je veux apporter concerne ces programmes de revitalisation économique dont on a abondamment parlé, non seulement aujourd'hui, mais dans tout le débat helvétique depuis plus d'une année. J'aimerais que nous soyons tout à fait au clair: avec ou sans l'Espace économique européen, mais aussi avec l'Espace économique européen, il eût été indispensable de procéder à cette re-vision, à ce dégraissage qui permette à notre économie de se battre avec plus de concurrence et avec plus de chances aussi afin de donner à notre économie le cadre de sa compétitivité. C'est cela le but de cette revitalisation, que l'économie se frotte à plus de concurrence.

Certains éléments de revitalisation, pas tous, nous étaient apportés dans le premier paquet Eurolex et nous auraié été davantage encore apportés dans les paquets Eurolex suivants. Du moment que nous ne les avons pas, il s'agira d'examiner de manière autonome ce que nous pouvons reprendre de cet héritage, au titre de la revitalisation, et d'y ajouter ce qui de toute façon aurait été nécessaire même avec l'Espace économique européen: des aménagements de notre législation, notamment dans un domaine comme le domaine du droit cartellaire où l'Espace économique européen en tant que tel n'entraînait aucune obligation de transformation pour nous, mais qu'il était opportun dans nos intérêts de vouloir apporter. Il est évident que ces constantes, nous les observons avec la même vigilance et probablement plus d'urgence encore dès lors que nous sommes privés de l'Espace économique européen. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous annonce, comme je l'ai fait hier et je vous le confirme, la présentation d'un premier programme dans le premier trimestre de l'année 1993.

Cette revitalisation de l'économie, par davantage de concurrence, par le retour à davantage d'économie de marché, cette revitalisation indispensable n'est pas le retour à la loi de la jungle. La revitalisation ne peut pas s'opérer au mépris de l'acquis social, au mépris de l'acquis environnemental, au mépris de l'acquis régional. Nous devons bien préciser les règles du jeu, afin que les mots, qui dans ce domaine prennent souvent une valeur mythique parce que l'on ne sait pas très bien ce qu'ils recouvrent, ne déclenchent pas des inquiétudes paniques ou des suspicions tenaces, non plus qu'ils n'éveillent alors des illusions.

Pour parler de la revitalisation, il faut être très concret et le Conseil fédéral le sera dans la présentation de ce premier paquet – il s'agira de faire jouer plus librement les règles du marché, de lever des entraves étatiques et administratives qui frei-

nent inutilement cette économie de marché, qui la renchérisse ou qui la compliquent sans motif. Mais de grâce, ne perdons pas de vue le cadre général dans lequel doit s'opérer cette transformation économique. Régénérer l'économie de marché, c'est redonner de l'oxygène à l'économie, ce n'est pas réduire l'être humain, dans notre société, à sa seule fonction de producteur et de consommateur. Cette dimension extraéconomique et la finalité de l'économie doivent être rappelées et précisées à ceux qui craignent que, par débordement, le seul examen strictement économique ne conduise à un bouleversement social qui, à moyen et à long terme, serait porteur de pertes irréparables dont certains grands pays font aujourd'hui la coûteuse expérience.

Ma quatrième réflexion portera sur ce fameux accord de transit qu'a abordé plus particulièrement M. Cavely dans son intervention. L'accord de transit est un instrument qu'il faut finir de forger, et pour ce faire, selon le Conseil fédéral, il faut que le Conseil national le mette définitivement en état de fonctionner, la semaine prochaine, en lui accordant l'approbation que votre conseil lui a apportée récemment. Ainsi, Monsieur Cavely, le Conseil fédéral aura en main non pas une promesse ou un outil inachevé, mais un instrument bien fini. La question sera alors de savoir quel usage le Conseil fédéral entend en faire. Le Conseil fédéral est très clair: dans la nécessité de remplacer les accords sur le transport aérien qui étaient contenus dans l'Espace économique européen et dont nous sommes privés – ce qui met nos compagnies d'aviation dans une situation de cruelle discrimination par rapport aux autres compagnies européennes – il faudra absolument ouvrir une négociation sur des accords particuliers avec la Communauté, avec les autres pays de l'Espace économique européen, en matière d'aviation civile européenne. C'est dans le cadre de cette négociation, qui sera très certainement ardue, que le Conseil fédéral pourra jouer de cet instrument qu'est l'accord de transit et dire que nous ne ratifierons et ne libérerons cet accord que le Parlement suisse nous a donné qu'au moment où nous aurons obtenu, en matière d'accords de transports aériens, ce que nous devons obtenir légitimement et en toute équité par rapport aux autres. Sur ce point, je pense que nous aurons une plate-forme pas trop mauvaise de négociation, compte tenu de l'intérêt que le reste de l'Europe, et notamment la Communauté, porte à l'existence d'un accord de transit. Tous les domaines du futur suisse en Europe ne sont peut-être pas aussi relativement confortables, mais encore faut-il que le Conseil fédéral joue clairement et nettement de cet instrument. C'est pourquoi il souhaite le maintien de la procédure parlementaire à l'ordre du jour du Conseil national la semaine prochaine.

J'ai ainsi terminé mon vol en looping, Monsieur le Président.  
(*Manifestations dans les tribunes*)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung, bis die Tribüne geräumt ist. – Wir setzen unsere Beratungen fort.

*Motion 92.3209*  
*Ueberwiesen – Transmis*

*Motion 92.3210*

*Abs. 1–3, 5–8 – Al. 1–3, 5–8*

**Plattner:** Ich beantrage, die Absätze 1 bis 3 und 5 bis 8 der Motion, die der Bundesrat in der Form des Postulates entgegennehmen will, zu streichen.

*Abstimmung – Vote*  
Für Ueberweisung als Postulat 28 Stimmen  
Dagegen 2 Stimmen

*Abs. 4 – Al. 4*  
*Ueberwiesen – Transmis*

*Motion 92.3211*

*Punkte 1, 3–6 – Points 1, 3–6*  
*Ueberwiesen – Transmis*

*Punkt 2 – Point 2*

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

92.3299

### Postulat Salvioni Garantie minimaler Arbeitsbedingungen Garantie de conditions de travail minimales

*Wortlaut des Postulates vom 19. Juni 1992*

Der Bundesrat wird ersucht, eine Aenderung des Arbeitsrechts (OR) vorzubereiten. Die Kantone sollen das Recht erhalten, nach Konsultationen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, verbindliche Minimalarbeitsbedingungen für die Vertragspartner festzulegen. Diese sollen für jeden Wirtschaftszweig und jeden Kanton oder jede Region getrennt ausgearbeitet werden; dadurch soll ein soziales Dumping verhindert werden, wenn die Schweiz dem EWR beitrifft.

*Texte du postulat du 19 juin 1992*

Le Conseil fédéral est prié de préparer une modification de la législation sur le travail (CO) afin d'autoriser les cantons à définir, après consultation avec les organisations d'employeurs et de travailleurs, des conditions minimales obligatoires, séparément pour chaque branche économique et par canton ou région, pour les parties en contrat de travail, afin d'empêcher un dumping social avec l'entrée de la Suisse dans l'EEE.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Onken, Petitpierre (2)

**M. Salvioni:** C'était un postulat d'espoir, mais l'histoire l'a rendu caduc, malheureusement. Je le considère donc comme liquidé.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Je vous transmets la réponse favorable du Conseil fédéral à ce postulat.

*Zurückgezogen – Retiré*

92.3248

### Interpellation Reymond Kurzarbeit bei den Printmedien Chômage partiel dans la presse écrite

*Wortlaut der Interpellation vom 17. Juni 1992*

Der Inseratenrückgang bringt verschiedene Zeitungen unseres Landes in finanzielle Schwierigkeiten, denen in allen betroffenen Betrieben mit Kurzarbeit begegnet wird.

Wenn man noch begreifen kann, dass das Produktionspersonal – wegen des geringeren Umfangs der Zeitungen – Kurzarbeit leisten muss und demzufolge Kurzarbeiterschädigungen bezieht, so ist es hingegen erstaunlich, dass diese auch Journalisten und Redaktoren zugestanden werden. Deren Arbeitszeit hat nämlich keineswegs abgenommen, wie die Betroffenen selbst bestätigen und einer ihrer Arbeitgeber am welschen Radio kürzlich klar gesagt hat.

## **Motion Kündig Reform des schweizerischen Aus- und Weiterbildungssystems**

## **Motion Kündig Formation de base et formation continue. Réforme du système suisse**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	VI
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3209
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.12.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1234-1242
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 270

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.